
Die Aufstiegs-gesellschaft: Historische Erfahrungen und politische Leitbilder

Paul Nolte

I.

Unserer deutschen Gesellschaft werden seit etlichen Jahren schlechte Zeugnisse ausgestellt. Die „Ruck-Rede“ des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Jahre 2007 gab ein Signal dafür, Verkrustungen und Blockaden im politischen Denken und Handeln aufzubrechen. Seitdem hat sich vieles verändert; die Deutschen sind reformbereiter – und inzwischen auch wieder reformmüde geworden. Das Land hat sich verändert, in einer veränderten Welt. In die Verhältnisse der „alten“ Bundesrepublik führt kein Weg zurück, von der DDR ganz zu schweigen. Die Bundesrepublik ist keine Insel der Sicherheit und Selbstzufriedenheit mehr.

Aber seit vielen Jahren ist auch deutlich geworden, dass es mit einem Ruck durch Politik und Mentalitäten nicht getan ist. Die Probleme liegen offenbar tiefer, in den sozialen Strukturen einer Gesellschaft, die als ungerecht empfunden wird und vielen Menschen nicht genügend Chancen gibt. Die Rede ist von einer neuen „Klassengesellschaft“, also von einer schärferen Trennung des „Oben“ und „Unten“, der Habenden und der Habenichtse, der Integrierten und der Ausgeschlossenen. Eine neue Unterschicht, so die häufige Diagnose, hat sich im Schmelztiegel von Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Migration und familiären Verhältnis-

sen herausgebildet, die dauerhaft abgehängt zu werden droht – und dauerhaft heißt: auch in den fehlenden Chancen für die nächste Generation, für die Kinder und Jugendlichen von heute. Manche verdienen Millionen – nicht nur die Vorstände großer Unternehmen, sondern auch Sportler und Medienstars –, während Millionen sich mit „Hartz IV“ begnügen müssen oder eine Arbeit haben, die für die Ernährung der Familie nicht ausreicht. Die Gerechtigkeitslücke, die immer schärfer wahrgenommen wird, erscheint als ein Verteilungsproblem.

Bildung ist das zweite große Stichwort, wenn es um die sozialen Probleme in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts geht. Internationale Vergleiche wie die PISA-Studien haben immer wieder auf die Segmentierung von Bildungschancen hingewiesen. Kaum irgendwo anders bestimmt die soziale Herkunft so klar über den Erfolg im Bildungssystem – und das heißt: über lebenslange Chancen des Erwerbs, des Einkommens, der sozialen Sicherheit. Soziale Herkunft lässt sich gewiss nicht neutralisieren, und überall auf der Welt haben Kinder aus gebildeten Schichten bessere Startchancen als solche aus „bildungsfernen“ Haushalten. Aber das Bildungssystem hat offenbar seine Flexibilität verloren, es lässt den Wechsel von unten nach oben viel zu selten zu und trägt auf diese Weise zu einer geteilten Gesellschaft bei, in der die sozialen Strukturen wie eingefroren scheinen. Frustration ist die Folge, die in tiefe Resignation, aber auch in Gewalt umschlagen kann.

Eingefrorene Verhältnisse: Darin bündelt sich eine Krisendiagnose, die inzwischen allgemein geteilt wird und der sich alle politischen Lager anschließen können. In dieser Formel kommt aber auch eine recht statische Sichtweise zum Ausdruck; das Bild einer Gesellschaft, die in große, starre Blöcke geschnitten ist, in denen und zwischen denen sich nichts bewegt. Diese Perspektive gibt nicht nur prekäre Realitäten wieder, sondern auch eine problematische He-

rangehensweise in Politik und Öffentlichkeit. Manche sind drinnen und manche sind draußen. Sind Lebensmittellieferungen und Geldsammlungen für diejenigen vor den Stadttoren zur dauerhaften Lösung geeignet? Oder sollte man die Stadttore öffnen, die Mauern einreißen?

An die Stelle einer statischen Perspektive auf die Gesellschaft, mit ihren Kategorien der Verteilung und des Ausgleichs, muss eine dynamische Perspektive treten. In der Bildungsdebatte ist der Weg dafür bereits gebahnt. Es mangelt an Flexibilität und Offenheit, an Chancen des Aufstiegs, des individuellen Fortkommens. Die Bundesrepublik ist nicht mehr die mobile Gesellschaft der Chancen, die sie in ihren frühen Jahrzehnten sein wollte und tatsächlich auch häufig gewesen ist. Soziale Chancen durch Mobilität, durch den Aufstieg in Bildung und Beruf zu gewinnen, das ist die große gesellschaftliche und politische Herausforderung.

Die politischen Parteien haben sich mit dieser Herausforderung durchaus beschäftigt. Gerade für die Volksparteien lag darin ein wesentlicher Impulsgeber für die Debatten jenseits der Tagespolitik während der letzten Jahre, die bei SPD, CDU und CSU fast zeitgleich zu neuen Grundsatzzprogrammen geführt haben. Dabei sind Überschneidungen deutlich geworden, aber auch unterschiedliche Akzente gesetzt worden. An den jeweiligen Leitbegriffen und gesellschaftlichen Zielvisionen lässt sich das gut ablesen.

Die SPD hat den Begriff der „Teilhabe“ in den Vordergrund gerückt. Er gründet in dem Befund eines verfestigten Ausschlusses bestimmter sozialer Gruppen von den Chancen, die gerechterweise allen zustehen sollen. Zumal für viele jüngere Reformer in der SPD soll die Gerechtigkeit der Teilhabe eine herkömmliche Verteilungsgerechtigkeit wenn nicht ablösen, so doch entscheidend ergänzen, weil die bloße Verteilung von (materiellen) Ressourcen offenbar kein ausreichender Hebel der Veränderung mehr ist. Das

spiegelt sich ganz konkret zum Beispiel in den Debatten darüber, ob eine Erhöhung staatlicher Familienleistungen (des Kindergeldes, der ALG II-Sätze für Kinder und Jugendliche) für die Lebenschancen dieser Kinder überhaupt viel bewirken kann. Das Konzept der Teilhabe ist wichtig, ja unverzichtbar, weil es den Blick auf den sozialen Zusammenhalt, auf die Kohäsion einer sonst auseinanderfallenden Gesellschaft lenkt. Es unterstreicht zudem die Vielfalt der Ressourcen, die für diese Integration notwendig ist: nicht nur (Transfer-) Geld, sondern mehr noch: Bildung und Qualifikation, Erwerbsarbeit, Kultur im weitesten Sinne: vom Buch bis zum gewaltfreien Konfliktverhalten.

Aber das Konzept hat auch Grenzen; jedenfalls führen die Assoziationen, die bei ihm mitschwingen, nicht weit genug. Reicht „Teilhabe“ aus; warum nicht die Verhältnisse ändern und verbessern statt „teilhaben“ zu lassen? Sollen die unteren Schichten Teilhabechancen erhalten – oder nicht möglichst ihre Herkunftsschicht nach oben verlassen können? Öfter klingt bei diesem Begriff auch ein Akzent auf die staatlichen Leistungen an, auf der „Gewährung“ von Teilhabe an Menschen, die dabei eher als passiv vorgestellt werden.

Eine gesellschaftspolitische Zielvision sollte also mehr Dynamisierung zum Ausdruck bringen und zugleich die Individualität und Aktivität der Menschen betonen, die nach einer Verbesserung ihrer sozialen Position streben. In diesem Kontext steht der Begriff der Chance und der „Chancengesellschaft“, wie er in den neuen Programmen von CDU und CSU einen profilierten Platz gewonnen hat. Wir leben in einer blockierten Gesellschaft, so kann man die dahinter stehende Diagnose zusammenfassen, die vielen Menschen nicht die Chancen gibt, die sie eigentlich wahrnehmen könnten und sollten. Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Blockaden aufgelöst werden, sie muss gewissermaßen das Terrain berei-

ten, auch anschieben und unterstützen – aber die Wege tatsächlich zu beschreiten, die Chancen zu ergreifen, bleibt ein Stück weit in der Verantwortung der Gesellschaft und ihrer Individuen. Am Ende steht keine ergebnisgleiche Teilhabegesellschaft, sondern eine Gesellschaft, in der möglichst viele ihren Status und ihre Lebenschancen dauerhaft verbessert haben.

Auch der Begriff der Chancengesellschaft hat seine Schwächen; er wirkt oft blass und unkonkret. Welche Chancen sind damit gemeint? Und sind mit den Chancen wirksame Mechanismen des Überschreitens von Grenzen, des Ausbruchs aus prekären Lebenslagen verbunden? Ist die Chancengesellschaft nur ein Lotteriespiel für die Glücklichen oder eine Arena des Kampfes der Stärksten? Am Ende kann es nicht heißen: Du hast ja alle Chancen gehabt, aber sie leider nicht genutzt. Es geht um konkrete Optionen der Veränderung, die in das Gewebe der Gesellschaft eingebaut werden müssen, ohne ihren Bezug zur individuellen Leistung zu verlieren. Es geht um Lebens- und Familiengeschichten, die wieder so klingen müssen: Meine Eltern haben nur einen Hauptschulabschluss – ich bin der Erste in der Familie, der studiert hat. Meine Eltern sind nach Deutschland gekommen und hatten es am Anfang sehr schwer – aber ich habe eine gute Ausbildung und arbeite demnächst als Softwarespezialist. Ich war längere Zeit arbeitslos, aber habe mit Mitte vierzig noch etwas Neues anfangen können und werde demnächst sogar befördert.

In diesen Geschichten geht es um den sozialen Aufstieg, sei es im eigenen Leben oder im Übergang der Generationen. Sozialer Aufstieg sprengt die Mauern der Chancenlosigkeit; er lässt Integration wirklich werden, ohne Teilhabe als staatliches Almosen zu bedürfen. Deshalb kann die „Aufstiegsgesellschaft“ eine Zielvision sein, die zugleich soziale Strukturen anspricht und politische Orientierung bietet. Die Aufstiegsgesellschaft handelt von beidem: von

der Initiative, der Leistung, dem Erfolg der Einzelnen wie von dem Umfeld der Möglichkeiten, in dem diese Erfolge erst möglich werden können, gerade dann, wenn die eigenen Voraussetzungen nicht so günstig, nicht so privilegiert sind. Dazu gehört auch der Staat – Bund, Länder und Kommunen – als ein ganz wesentlicher Akteur im Bildungssystem, in der Familienpolitik, in der Integrationspolitik, am Arbeitsmarkt.

Der Begriff der Aufstiegsgesellschaft ist keine neue Erfindung. „Wir müssen uns“, hieß es schon vor beinahe vierzig Jahren aus prominentem Munde, „in eine Leistungs-, Aufstiegs- und Bildungsgesellschaft entwickeln, in der die Vision der Freiheit für alle dadurch verwirklicht wird, dass jeder seine konkrete und persönliche Chance erhält.“ Leistung, Aufstieg und Bildung; Freiheit (nicht Gleichheit!) und Chance – der das gesagt hat, war kein Urvater eines kaltblütigen „Neoliberalismus“, sondern der sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann bei seinem Amtsantritt am 1. Juli 1969. Damals waren Chance, Bildung und Aufstieg ein „linkes“ Versprechen an die Kinder von Arbeitern im Ruhrgebiet oder an das katholische Mädchen aus dem ländlichen Bayern. Konnte dieses Versprechen nicht eingelöst werden? Hat sich die Idee des sozialen Aufstiegs vielleicht sogar historisch erledigt, weil wir in einer Welt der globalen Konkurrenz nur noch Boden verlieren, allenfalls die Verluste minimieren und staatlich alimentieren können? Die SPD vermag dem Credo Heinemanns offenbar nicht mehr ungeteilt zu folgen. Es stimmt, die Bedingungen haben sich verändert. Aber es lohnt sich wieder, an das Leitbild der Aufstiegs-gesellschaft anzuknüpfen.

II.

Wo in der Alltags- und Politiksprache von „Aufstieg“ die Rede ist, sprechen die Sozialwissenschaftler von „sozialer Mobilität“. Damit ist nicht die Mobilität im Raum gemeint, also ein intensives Reiseverhalten oder ein Umzug von München nach Hamburg. Diese räumliche oder „horizontale“ Mobilität hat gleichwohl etwas mit der sozialen Stellung und ihrer Veränderung zu tun. Gut qualifizierte Menschen sind in der Regel in Beruf und Alltag mobiler, und vor allem: der erwähnte Umzug kann dazu dienen, eine neue Chance wahrzunehmen, die sich am bisherigen Wohnort nicht eröffnet hätte. Dafür sind die Land-Stadt-Wanderungen in China ebenso ein Beispiel wie die im Vergleich zu Deutschland wesentlich höhere Umzugsfrequenz in den USA.

Aber auch bei uns haben in den letzten zwei Jahrzehnten Hunderttausende vor allem jüngere Menschen aus den neuen Bundesländern im Westen Arbeit und sozialen Aufstieg gefunden. Das zeigt zugleich, dass der individuelle „pursuit of happiness“, um es mit der Formel aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zu sagen, sozial problematische Folgen haben kann, wenn man an den Bevölkerungsschwund in Ostdeutschland denkt. Aber eine simple Antwort gibt es in diesem Dilemma nicht. Und gerade die Deutschen mit ihrer, aufs Ganze gesehen, relativ großen Skepsis gegenüber dem individuellen Erfolgsstreben sollten sich vielleicht hüten, diesen Faktor zu unterschätzen. Denn auch er stiftet einen sozialen Nutzen in Gestalt von Wachstum und Dynamik einer Gesellschaft, die sonst zu erstarren droht.

„Soziale Mobilität“ im engeren Sinne, das ist jedoch die Veränderung der sozialen Position in einem Gefüge, das man sich als eine Leiter oder als ein mehrstöckiges Wohnhaus vorstellen kann. Deshalb sprechen die Wissenschaft-

ler hier auch von „vertikaler“ Mobilität: Man erklimmt die nächsthöheren Sprossen der Leiter oder steigt die Treppe in ein höheres Stockwerk hinauf. Natürlich auch umgekehrt: Abstiegsprozesse sind in der „sozialen Mobilität“ eingeschlossen.

Diese Veränderung kann sich im eigenen Leben vollziehen, etwa wenn ein Facharbeiter abends noch einmal die Schulbank drückt, den Meisterbrief erwirbt, vielleicht sogar ein Studium dranhängt und schließlich als Ingenieur in eine leitende Position gelangt. Oder der Aufstieg vollzieht sich im Wechsel der Generationen: der Sohn oder die Tochter erwirbt eine höhere Bildungsqualifikation, erreicht eine höhere soziale Stellung als sie die eigenen Eltern innehatten.

Diese Erfahrung des Aufstiegs hat über lange Zeit die Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt, vor allem die wirtschaftlich so erfolgreichen Nachkriegsjahrzehnte in den westlichen Gesellschaften einschließlich der Bundesrepublik. Für einen großen Teil der heute 55- bis 75-Jährigen gehört das fast schon zur Normalität des Lebens dazu: Sie sind, zum Beispiel, häufig die Allerersten in der Familie, die das Abitur gemacht und studiert haben – für Frauen gilt das noch mehr als für Männer. Erst recht fällt der Vergleich dieser heute Älteren zu ihrer Großelterngeneration meist sehr positiv aus. Die Großväter waren typischerweise einfache Arbeiter im Ruhrgebiet oder Nebenerwerbsbauern in Württemberg unter kargen Verhältnissen – der Abstand zu den eigenen Chancen, zur eigenen Sicherheit im Aufstieg über zwei Generationen ist dann sehr eindrucksvoll.

Inzwischen blickt diese Generation, die man wegen ihrer besonderen Chancen in guten Zeiten als die „goldene Generation“ des 20. Jahrhunderts bezeichnen kann, selber auf ihre erwachsenen Kinder, teils schon auf die Enkel und stellt dabei deutliche Veränderungen fest. Die lange Zeit tatsächlich einlösbare Erwartung, die eigenen Kinder soll-

ten „es einmal besser haben“, geht ins Leere. Gerade ältere Akademiker stellen heute fest, dass ihre Kinder nicht mehr ohne weiteres, oder jedenfalls viel langsamer, als das in den 1960er oder 1970er Jahren der Fall war, den Status der Eltern auch nur erhalten, geschweige denn überbieten können. Denn zum einen vermehren sich akademische (oder andere gehobene, höhere) Positionen in der Gesellschaft nicht mehr so wie früher, zum anderen bieten dieselben Berufe oft nicht mehr die Chance und Sicherheit wie früher. Ein frischgebackener Anwalt muss oft lange kämpfen, bis er eine einträgliche Kanzlei etabliert hat. Und viele Familien haben jedenfalls subjektiv das Gefühl, anderthalb oder zwei Einkommen zu brauchen für einen Lebensstandard, für den bei den Eltern ein einziges Einkommen ausreichte.

In dieser veränderten Konstellation der letzten zwei, drei Jahrzehnte liegt eine ganz wesentliche Ursache dafür, dass wir das Bewusstsein eingebüßt haben, eine Aufstiegsgesellschaft zu sein – aber auch den Ehrgeiz verloren haben, es noch sein zu wollen. Seit den 1980er Jahren hat sich in den jüngeren Generationen der Bundesrepublik, bei Schülern, Auszubildenden und Studenten, eine Mentalität der Aufstiegsfrustration weit verbreitet. In vielen Bereichen spürt man seitdem einen kollektiven Motivationsverlust, der weit über die reale Lage hinauschießt. Wer seit der Mitte der 1980er Jahre ein geisteswissenschaftliches Studium aufnahm, sprach mit seinen Kommilitonen meist darüber, wohl als Taxifahrer zu enden. Zeitweise ließ die Studierwilligkeit überhaupt nach, Abiturienten begnügten sich mit Ausbildungsberufen in Banken und Handel – mit dem bis heute fatalen Effekt, dort die Realschüler zu verdrängen, die wiederum auswichen und den Hauptschülern ihre Chancen in normalen, auch technischen und handwerklichen Ausbildungsberufen nahmen. Statt einer Aufstiegs spirale setzte sich eine Erstarrungs- und Abstiegspirale in

Gang. Es gibt manche Indizien, dass sich dieser Prozess wieder umzukehren beginnt. Aber das ist keine Automatik, auf die wir mit den Händen im Schoß warten können.

Um zu verändern, muss man die Ursachen kennen. Welche Faktoren haben die Umkehrung, zumindest den Stillstand der großen Aufstiegsmobilität bewirkt? Von Motivationsfaktoren war schon die Rede, die als Verlierergefühl oder auch als Verlust von individuellem Ehrgeiz auftreten können. Blickt man auf die Kollektivpsychologie der Bundesrepublik in den letzten vierzig Jahren, scheint letzteres das ältere Phänomen zu sein; die Frustration kam später. Bei den „68ern“ waren Leistung, Ehrgeiz und Elite eher verpönt, und im Rückblick muss man sagen: Das war nicht nur ein Phänomen des Zeitgeistes, auch nicht nur ein historischer Reflex auf die mörderisch pervertierte Leistungsethik des Nationalsozialismus, sondern beruhte auf objektiven Verhältnissen. Die Aufbaujahre der Bundesrepublik gingen zu Ende, man musste sich nicht mehr so krummlegen wie früher, um einen sicheren Job und ein gutes Leben zu erreichen; der Fortschritt war noch ein „Genosse Trend“, der das von selber bewerkstelligte.

Ein Jahrzehnt später sahen Stimmung wie Lage bereits anders aus. Seit der Mitte der 1970er Jahre erlebte das Fortschrittsbewusstsein einen schweren Einbruch, bei vielen Jüngeren kamen geradezu apokalyptische Gefühle auf: Wozu noch ein „Apfelbäumchen pflanzen“, wenn es im Sauren Regen oder im Atomblitz wieder eingeht? Auch demografische Faktoren spielten wohl eine Rolle. Es waren die geburtenstärksten Jahrgänge, die jetzt auf Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu drängen begannen und auf Überfüllungsphänomene stießen, weil die ebenfalls starken 1940er-Jahrgänge alles fest in Händen hielten.

Es bleibt eine offene Frage der Zeit- und Mentalitätsgeschichte, wie und warum sich diese Aufstiegsfrustration auch in unteren sozialen Schichten ausbreitete, die am kul-

turellen Zeitgeist sei es der 68er, sei es der späteren Zivilisationskritik viel weniger teilhatten. Der Trend war jedenfalls parallel. Aus Migranten, die mit dem einwanderertypischen Aufstiegsehrgeiz kamen, wurden Migranten der Frustration und sozialen Stagnation, ja des sozialen Abstiegs.

Inzwischen hat auch die wohlmeinende öffentliche und politische Sprache diese Denkweise längst übernommen, nach der Migrantenkinder oder Hauptschüler keine Chance haben. Ein türkischer Junge, der sehr gut Deutsch spricht, gut rechnen kann oder technischen Verstand hat, mit Menschen umgehen kann, sich engagiert, hat sehr wohl ziemlich gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz und wahrscheinlich auf mehr. Die Frustration, das „Sowie-so-nicht-aufsteigen-Können“, ist ein Stück weit zur „self-fulfilling prophecy“ geworden. Natürlich hängen die individuelle Chance und der daraus resultierende soziale Aufstieg nicht einfach vom persönlichen Willen ab. Den einzelnen Menschen ist immer nur sehr schwer ein Vorwurf zu machen. (Obwohl man sie aus der Verantwortung nicht entlassen kann: Was spricht dagegen, von Eltern zu erwarten, ihre Kinder zu fördern, sie anzuspornen, ihnen Selbstbewusstsein zu vermitteln?) Insofern ist nicht der Aufstiegswille, sondern die Fähigkeit zum Aufstiegswillen verloren gegangen.

Aber man muss auch sehen: Dem vielschichtigen Wandel von Motivationen und kollektivpsychischen Befindlichkeiten ist ein sehr realer Wandel der ökonomischen Strukturen und der daraus resultierenden Chancen vorgelagert. Diese „harten“ Faktoren haben seit den 1970er Jahren als eine wirksame Mobilitäts- und Aufstiegsbremse gewirkt. In dieser Zeit lief die Phase einer expansiven „strukturellen Mobilität“ aus, die das 20. Jahrhundert bis dahin bestimmt hatte. Mit „struktureller Mobilität“ meinen die Sozialwissenschaftler solche Aufstiegsprozesse (und prin-

ziell auch Abstiegsprozesse), die sich nicht als individueller Erfolg in einem stabilen Gesamtsystem der sozialen Hierarchie vollziehen, sondern durch den Wandel eben dieses Gesamtsystems geradezu erzwungen werden. Wenn der Anteil der Landarbeiter, also eines wichtigen Teils der Unterschicht, dramatisch zurückgeht und die Akademikerquote deutlich steigt, mithin Positionen in der Mittel- und oberen Mittelschicht geschaffen werden, sind Aufstiegsprozesse geradezu unvermeidlich.

Solche „strukturelle Mobilität“ ist also eine Begleiterscheinung des sozialen Wandels seit dem späten 19. Jahrhundert gewesen: der Verstädterung; des Übergangs von der Agrargesellschaft in die Industrie- und schließlich die Dienstleistungsgesellschaft; des Wandels von der Produktions- in die Wissensgesellschaft.

Diese Verschiebung überlappte sich außerdem mit einem historisch beispiellosen Ausbau der Sicherheit von Beruf und Status, von dem auch die Arbeiter und kleinen Angestellten profitierten. Dazu gehörte das Wachstum der öffentlichen Beschäftigung mit ihren besonderen Schutzprivilegien, aber auch die Mechanismen von Sicherheit und Versorgung in Großunternehmen der privaten Wirtschaft: faktische Unkündbarkeit, zusätzliche Sozialleistungen und vieles mehr. Soziologen sprechen anschaulich von einem „Fahrstuhleffekt“; man müsste dabei an einen Paternoster denken: Es bleibt jemand in der Kabine darüber; die soziale Hierarchie löst sich also nicht auf; aber die Fahrt geht nach oben auch für die in den unteren Kabinen. Diese „strukturelle Mobilität“ formte den sehr realen Erfahrungshintergrund für die Sicherheit und die optimistische Mentalität der schon erwähnten „Goldenen Generation“ der Bundesrepublik.

Doch dieser Prozess ist ins Stocken geraten. Er prallte zunächst auf eine ungünstige konjunkturelle Entwicklung, in den Rezessionen der späten 1960er und vor allem der

1970er Jahre. Bald wurde deutlich, dass dies nur die Oberfläche von Strukturwandlungen größten Ausmaßes war. Unter dem Druck einer globalen Konkurrenz gingen Arbeitsplätze des Aufstiegs und der Sicherheit verloren. Die Bergbaukrise war ein erstes Anzeichen, bald folgten die Textilindustrie, die optische und elektronische Industrie und andere Branchen. Die Erwartung, der Wegfall solcher Arbeitsplätze könne durch ein Wachstum qualifizierter Dienstleistungsberufe kompensiert werden, erfüllte sich gewiss zu einem erheblichen Teil, aber nicht in ausreichendem Maße.

Die „strukturelle Mobilität“ des „unfreiwilligen Aufstiegs“ setzte sich insofern in den 1980er und 1990er Jahren nicht fort. Man kann das anschaulich machen: Die Näherin in der Wäschefabrik verlor ihre Arbeit – und wurde nicht zur Designerin, Vertriebsmitarbeiterin oder gar Textilingenieurin. Der Sohn des ungelerten türkischen Arbeiters, der 1970 nach Deutschland kam, war 1995 häufig arbeitslos, statt den Aufstieg zum IT-Techniker geschafft zu haben. Die Deindustrialisierung in weiten Teilen der neuen Bundesländer nach dem Zusammenbruch der maroden DDR-Wirtschaft zeitigte, in zugespitzter Weise, ähnliche Effekte.

Die Stagnation im Bildungssystem, die seit einigen Jahren ein großes Thema der öffentlichen Debatten in Deutschland ist, verstärkte die Mobilitätsbarrieren zusätzlich. Nach Jahrzehnten des schnellen Anstiegs veränderte sich etwa die Akademikerquote (also der Anteil der Hochschulabsolventen an Gesamtbevölkerung oder Erwerbstätigen) seit den 1980er Jahren kaum noch, obwohl die Zahl der Studierenden sich noch einmal ungefähr verdoppelte. Wenn weniger Studierende erfolgreich die Universität oder Fachhochschule verlassen, dann kann auch die akademische Mittelschicht nicht wachsen, dann haben die Söhne und Töchter von Facharbeitern, kleinen Angestellten oder Migranten

verminderte Aufstiegschancen. So verlor Deutschland beides: die strukturellen Chancen für den sozialen Aufstieg im System von Ökonomie, Bildung und Gesellschaft – und das Vertrauen darin, dass Anstrengung für den Aufstieg sich lohnen kann und selbst unter restriktiveren Bedingungen erfolgversprechender ist als Resignation.

III.

Diese Grundhaltung der Resignation, ja des Defaitismus gegenüber den eigenen Chancen, hat sich in der Bundesrepublik, seit 1990 auch in der ehemaligen DDR, offenbar schärfer herausgebildet als in vielen anderen Ländern, die ebenfalls mit Krise, Strukturwandel und Globalisierung zu kämpfen hatten und haben. Von der „Taxifahrer-Erwartung“ vieler Studenten war schon die Rede; die subkulturell eingegelte Resignation junger Migranten folgt ebenfalls diesem Muster, nur in einem anderen sozialen Milieu.

Aber es geht nicht um Vorwürfe an Individuen und ihre Lebensführung. Viel gravierender ist wohl, dass dieselbe Grundhaltung über einen längeren Zeitraum auch bei meinungsführenden Eliten, in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit den Ton angegeben hat. Die Stagnation von Chancen und der Rückfall im internationalen Vergleich galten geradezu als ein Naturgesetz, dem man im Grunde wenig entgegensetzen könne; im Vordergrund stand dann überwiegend die Abfederung der Folgen.

Der politische Umgang mit der Arbeitslosigkeit, im Grunde seit der Mitte der 1970er Jahre, ist ein wichtiges, und besonders folgenreiches, Beispiel dafür. Trotz einer Vielzahl einzelner „Qualifizierungsmaßnahmen“ schien das verborgene Leitbild die Rückführung der Erwerbslosen in ihre frühere Beschäftigung zu sein – in eine ökonomische Struktur, die nicht mehr existierte. Viele begannen

der These anzuhängen, der modernen Gesellschaft gehe die Arbeit aus; man könne einen Großteil der Menschen, zumal der gering Qualifizierten, dann bloß noch staatlich alimentieren. Die Frage, wohin sich Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft entwickeln können und müssten, damit neue qualifizierte Beschäftigung entstehe, oder welche Art von Bildungsoffensive und anderer Anstrengung nötig sei, damit Jugendliche neue Aufstiegschancen haben, wurde viel zu selten gestellt.

In den letzten Jahren hat sich freilich manches zu ändern begonnen: teils im gesellschaftlichen Klima (was man nicht unterschätzen sollte), teils auch in den Institutionen der Bildung und des Arbeitsmarktes. Warum eigentlich soll nicht wieder gelten, dass es „meine Kinder einmal besser haben sollen“ – gerade für die, denen es im Moment in Bezug auf Bildung, Beruf, auch kultureller Integration nicht so gut geht?

Über längere Zeit hinweg also erschien der Weg in die Zukunft wie ein unabwendbares Schicksal. Vorher: expansiver Strukturwandel, also gute Aufstiegschancen; jetzt: schrumpfender Strukturwandel, also Stagnation und sozialer Abstieg. Nun sollte man die Härte und Eigendynamik ökonomischer Veränderungen nicht unterschätzen, und die Steuerungsmöglichkeiten von Nationalstaaten und ihren herkömmlichen „Volkswirtschaften“ nicht überschätzen angesichts der Stärke der globalen Kraftfelder. Die „trentes glorieuses“, wie man in Frankreich die glorreich-prosperierenden Nachkriegsjahrzehnte bezeichnet, lassen sich nicht wieder herbeibeschwören.

Doch auf der anderen Seite zeigen uns die internationalen Vergleiche, oder ganz einfach der Blick auf europäische Nachbarstaaten – oftmals kleinere wie Dänemark, die Niederlande oder Österreich –, dass einzelne Gesellschaften auch heute noch mit dem globalen „Schicksal“ durchaus unterschiedlich – und unterschiedlich erfolgreich – umge-

hen können. Noch deutlicher und selbstkritischer gewendet: Auch wenn man die besonderen Anstrengungen und Lasten der Wiedervereinigung in Rechnung stellt, müssen die Deutschen Defizite und Fehler in vielen Bereichen einräumen. Andere haben es besser gemacht: Dann ist die Arbeitslosigkeit signifikant niedriger als bei uns, die Akademikerquote höher, ebenso wie der Anteil von Frauen oder von Migranten in Führungspositionen, der Dienstleistungssektor größer, und zwar keineswegs nur im Niedriglohnbereich. Und eine solche Konstellation ist nichts Statisches, sondern sie drückt eine Dynamik aus: die Dynamik von Aufstiegschancen.

Was bedeutet das für die Handlungsperspektiven der Politik? Nicht nur „die Politik“ im engeren Sinne, sondern Gesellschaft und Öffentlichkeit überhaupt – letztlich Jeder und Jede einzelne – müssen beständig danach fragen, wo Chancen des sozialen Aufstiegs liegen, und mit welchen Instrumenten sich diese Chancen gestalten, umsetzen, erweitern lassen. Aufstiegs politik ist längst ein „Querschnittsressort“ geworden: die Familien- und die Frauenpolitik spielen dabei ebenso eine Rolle wie die klassische Sozialpolitik; Bildung und Wissenschaft sind zentral, aber auch die Integration von Zuwanderern.

Vier Handlungsfelder erscheinen mir in nächster Zeit als besonders wichtig, um die Bundesrepublik Deutschland wieder zu einer Aufstiegs gesellschaft machen zu können:

- *Erstens: Die Bildungspolitik.* Sie ist mit vollem Recht in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, und dieser Prozess muss sich fortsetzen. An der „Spitze“ der Bildungspyramide, auch im Hochschulbereich, sind die Veränderungen bereits sichtbar. Noch mehr muss an ihrem Sockel getan werden, also in der frühkindlichen Förderung einerseits, in der Haupt- und Realschule andererseits. Gerade in den großstädtischen Regionen, wo der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund sehr hoch

liegt, ist deren Bildungsaufstieg geradezu eine Schicksalsfrage, nicht nur für diese Jugendlichen und ihre Familien, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt.

- *Zweitens: Ökonomie der Zukunft.* Nach einer langen Zeit der Verunsicherung über die Chancen, die ein Land wie Deutschland überhaupt noch in der globalen Wirtschaft, auf dem globalen Arbeitsmarkt haben kann, hat allmählich eine selbstbewusste Neuorientierung begonnen. Wir müssen das klare Profil einer hochqualifizierten Erwerbsgesellschaft in der internationalen Arbeitsteilung entwickeln; die Chancen wahrnehmen, die Stärken nutzen – etwa als erfolgreicher Standort für Verkehr, Logistik, Kommunikation. Die industrielle Basis bleibt für die Bundesrepublik wichtiger und erfolgreicher, als wir lange Zeit befürchtet haben, wenn sich die Herstellung von Produkten mit Wissen und komplexen Dienstleistungen verknüpft. „Industrielle Dienstleistungsgesellschaft“ ist ein Stichwort dafür.
- *Drittens: Neue Sozialpolitik.* Der Umbau des Sozialstaates ist im Gange, und er hat in den letzten Jahren auch bereits einige Erfolge gezeigt. Aus guten Gründen hat sich eine Abkehr vom Prinzip der dauerhaften Alimentation der Erwerbslosen und sozial Schwachen vollzogen. Sozialer Aufstieg statt staatliche Alimentation – das hilft den Einzelnen mehr und stärkt die Gesellschaft. Staatliche Infrastrukturen sind dafür wichtig, gerade für alleinerziehende Mütter. Die Integration in Erwerbsarbeit ist eine zentrale Voraussetzung für das persönliche Weiterkommen, auch wenn der Einstieg in Teilzeit erfolgt oder zu Löhnen, die staatlich aufgestockt werden müssen. Allerdings brauchen wir Instrumente, die diesen Einstieg nicht zur Sackgasse machen, sondern in Aufstieg verwandeln können.
- *Viertens: Ein Geist der Selbstverbesserung.* Das „Pfeifen im Walde“ alleine nützt nicht viel. Aber Frustration und

Resignation kann auch dazu führen, dass Chancen übersehen, dass Wege des Aufstiegs gar nicht erst beschritten werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen das Selbstbewusstsein, aus dem ein „can-do-spirit“, ein Könnensbewusstsein erwächst. Das ist wiederum eine Herausforderung an die Bildungspolitik, aber auch an die Familien, an die Eltern. Wer davon überzeugt ist, für sich und mit seinem Leben „einen Unterschied machen“ zu können, der trägt nicht nur zur eigenen Selbstverbesserung, zur Mehrung der eigenen Aufstiegs- und Lebenschancen bei. Er tut auch etwas für andere, für die Selbstverbesserung einer ganzen Gesellschaft, seines ganzen Landes.